

ÄNDERUNGSANTRAG Stadtrat Marc Bernhard (AfD) Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD) vom 18. Mai 2015	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	12. Plenarsitzung Gemeinderat 19.05.2015 2015/0305 1.1. öffentlich
Resolution des Gemeinderates „Karlsruhe - Stadt der Vielfalt“		

Die AfD-Gemeinderatsgruppe beantragt, folgende Passagen aus dem Text der Resolution zu streichen, da sie entweder zumindest teilweise nicht den Tatsachen entsprechen, oder da die verwendete Sprache zu sehr an Kriegspropaganda erinnert und damit in einer solchen Resolution nicht verwendet werden kann oder da sonst der Eindruck entstehen könnte, die Stadt wolle bestimmten Menschen ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verwehren:

1. Im ersten Absatz der ersten Seite: "Das zentrale Ziel, das sie eint, ist der Kampf gegen eine vermeintliche Islamisierung Europas, ihr Feindbild sind "Fremde" und Flüchtlinge, deren Schutz durch unser Grundgesetz geregelt ist. Unsicherheit und Ängstlichkeit sind die Emotionen, die angesprochen werden sollen." ersatzlos streichen.
2. Die folgende Formulierung ist zu streichen "...und die Mehrzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Kundgebungen und "Spaziergängen" kommt nicht aus Karlsruhe selbst...."
3. Im ersten Absatz der zweiten Seite: "...im Rahmen ihrer rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte" Wie folgt zu ändern: "...und tatsächlichen.." streichen
Vor "gesellschaftlichen Kräfte" zu ergänzen "nicht-extremistischen"
4. und weiter unten "mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln" vor "zu Gebote" zu ergänzen: "rechtmäßig"
5. Im zweiten Absatz der zweiten Seite: "mobil gemacht" mit "aufgerufen" ersetzen und im Anschluss daran "und damit gezeigt, dass sie zu den Werten von Toleranz, menschlichem Miteinander und Solidarität mit den Schwächeren stehen" ersatzlos streichen.
6. Im letzten Satz ist das Wort "Rechtsextremismus" durch "Extremismus" zu ersetzen.

Sachverhalt / Begründung:

Die Passagen, deren Änderung oder Streichung hier vorgeschlagen wird,

- entsprechen entweder zumindest teilweise nicht den Tatsachen,
- oder können in einer solchen Resolution nicht verwendet werden, da die verwendete Sprache zu sehr an Kriegspropaganda erinnert,
- oder könnten den Eindruck entstehen lassen, die Stadt wolle bestimmten Menschen ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verwehren.

Gerade der letzte Punkt ist aufgrund der im Text mehrfach verwendeten Begriffe "Grundrechte", "Menschenrechte" und "Toleranz" sehr ernst zu nehmen, da sonst die Glaubwürdigkeit des gesamten Textes in Frage gestellt wird.

Schließlich bedeutet Stadt der Vielfalt auch Vielfalt der Meinungen und auch, diese Meinungen uneingeschränkt kundtun zu können, solange sie sich auf dem Boden unseres Grundgesetzes bewegen.

Wie sagte einst Voltaire: "Ich verachte Ihre Meinung, gäbe aber mein Leben dafür, dass Sie sie sagen dürfen."

Zusätzliche Anmerkungen zu einzelnen Änderungen:

Zu 2.) Nach eigenen Aussagen der Stadtverwaltung "...liegen keine Erkenntnisse vor, wie hoch insgesamt die Anzahl der Demonstrationsteilnehmenden ist, die nicht in Karlsruhe wohnen" so wörtlich in der Stellungnahme der Stadtverwaltung auf die Anfrage der Linken TOP 29 der Gemeinderatssitzung vom 28.04.2015 (Vorlagen-Nr. 2015(0215). Wieso soll nun 3 Wochen später plötzlich das Gegenteil behauptet werden?

Zu 6.) Ein glaubwürdiges und wirksames Eintreten für Toleranz und Vielfalt, sowie einen wirksamen Schutz der Grundrechte kann nur durch ein entschiedenes Auftreten gegenüber jeglicher Form des Extremismus erreicht werden, sei er rechts, links oder sonstwo verortet. Es gibt keinen guten Extremismus, Extremismus muss entgegengetreten werden egal in welcher Form er sich präsentiert.

unterzeichnet von:

Marc Bernhard

Dr. Paul Schmidt

Hauptamt - Ratsangelegenheiten

18. Mai 2015